



Die Sowjetunion und die DDR aus der Sicht des BND 1985-1990

Dr. Hans-Georg Wieck

17. April 2008

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung	2
II.	Beurteilung der Sowjetunion und des mitteleuropäischen Vorfelds durch den neuen BND-Präsidenten	6
III.	Die Sowjetunion und die DDR in den achtziger Jahren – in der Beurteilung durch den BND	12
IV.	Die Entwicklung der Gorbatschow-Position in Bezug auf Deutschland	17
V.	Die DDR im Blickfeld des BND	23
VI.	Zusammenfassung	27

Die Sowjetunion und die DDR aus der Sicht des BND 1985-1990

I. Einleitung

Die Verbote der Reformpolitik in der Sowjetunion

1. Dies ist wohl das erste Mal, dass der Chef des deutschen Auslandsnachrichtendienstes in den Gorbatschow-Jahren 1985-1990 hier in Moskau in einem Kreis russischer Kenner – mögen es Zeitzeugen der in Frage stehenden Zeit sein oder Historiker sein - über die Beurteilung des von Gorbatschow angestoßenen Reformprozesses und über die Entwicklung in der DDR in dieser Zeit durch den BND berichtet. Dabei stehen die Einschätzungen im Vordergrund des Interesses, nicht die Nachrichtendenbeschaffungsoperationen.

So ganz überraschend ist dieses Ereignis wiederum nicht, immerhin habe ich als Botschafter die Bundesrepublik Deutschland in den späten Jahren von Generalsekretär und Präsident Leonid Breschnew – 1977-1980, hier in Moskau vertreten, in einer Zeit also, die als „Epoche der Stagnation“ charakterisiert wurde und die die Brutstätte von Reformansätzen war, z.B. mit den Empfehlungen der Soziologin Professor Saslawaskaja und dem Pilotprojekt, hundert Unternehmen, nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen, also nicht nach den Vorgaben der Planungsbehörden, zu bewirtschaften.

Die im Jahre 1979 beginnende polnische Krise und die militärische Intervention in Afghanistan im Dezember 1979 ließen die Führungskader der Sowjetmacht erzittern. Die Risiken der Breschnew-Interventionsdoktrin und die zunehmenden Engpässe der sowjetischen Wirtschaft zwangen die Sowjetführung zu Kurskorrekturen oder gar zum Kurswechsel.

Dahingehende Hoffnungen verbanden sich mit dem Namen des Breschnew-Nachfolgers, Andropow, dem als KGB-Chef die Schwachstellen der sowjetischen

Wirtschaft und die Perspektivlosigkeit der überalterten Sowjetführung geläufig gewesen sein sollten.

Im Verhältnis zum Westen war nach der Intervention in Afghanistan im Dezember 1979 noch einmal eine Verschlechterung des Beziehungsgeflechts eingetreten. Die Hoffnungen auf einen Modus Vivendi (Salt II, Salt III) waren mit der Abwahl von Carter und der Wahl des Konservativen Ronald Reagan zunächst einmal verfliegen. Die neuen Rüstungsinitiativen der Reagan-Regierung lösten Beunruhigung aus. Der frühe Tod von Jury Andropow gab noch einmal mit der Wahl des früheren Vertrauten von Breschnew, Konstantin Tschernenko, bei den Kadern die Hoffnung auf eine gradlinige, linientreue Fortsetzung des Grundsatzprogramms für die Weltpolitik der Sowjetunion, für die innere Entwicklung des Landes aufkommen. Allerdings, auch in diesem Fall handelte es sich um einen Greisen, der die Zügel übernahm und mangels Zukunftsperspektiven nichts bewirken konnte - außer der Fortsetzung der Stagnationsphase.

So musste Andreij Gromyko nach dem Tode von Konstantin Tschernenko im Frühjahr 1985 feststellen, dass man keine andere Wahl habe, als eben einen Generationswechsel mit dem Führungswechsel zu verbinden. Michael Gorbatschow sollte eine neue Perspektive eröffnen – ohne etwas zu ändern, füge ich hinzu. Die heimischen Strukturen aufzubrechen, war zu schwierig. Die Reformbewegung war keine Sache eines aufstrebenden Bürgertums oder einer unzufriedenen Massenbewegung, sondern das Produkt politischen Kalküls der Führungsschicht, eines Teils der Führungsschicht. Vorstudien zu dem, was auf wirtschaftspolitischem Gebiet oder gar in Sachen Demokratie geschehen sollte, gab es nicht. In den Kulissen allerdings versammelten sich nationalistische Kräfte in vielen Teilen des Landes, auch in Moskau, Kiew, Tbilissi, Erivan, Minsk und in den baltischen Republiken.

Die Änderung im Lande mussten – wie schon in früheren Phasen der russischen Geschichte - auf dem Wege über die Veränderung der internationalen Stellung der Sowjetunion durchgesetzt werden:

2. Das heutige Ereignis ist nicht so innovativ, wie es Manchen erscheinen mag. Es hat Jahre hindurch ein amerikanisch-russisches Wissenschaftsprojekt zur Aufbereitung sowjetischer und amerikanischer Dokumente über den Kalten Krieg gegeben, u. a. auch über den Krieg der Geheimdienste in Berlin, über die Kubakrise im Jahre 1962 und den Hintergrund des Koreakrieges gegeben.

Es gibt heute auch keinen Vortrag zu der sowjetischen Sicht der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschlandfrage, sowie zur Befindlichkeit der DDR in den kritischen Jahren 1985-1990, aber das kann ja vielleicht einmal organisiert werden – auch eine Podiumsdiskussion mit Sachverständigen und Zeitzeugen beider Seiten.

3. Zum BND sollte ich eingangs einiges sagen:

Der Bundesnachrichtendienst ist der einzige Auslandsnachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland. Nach dem Gesetz ist er beauftragt unter Nutzung nachrichtendienstlicher Mittel Informationen über Fragen von Interesse für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik zu beschaffen und zu bewerten. Er ist also für die militärische und die nichtmilitärische Aufklärung zuständig. Er berichtet an das Kanzleramt, den Kanzler, aber auch an die relevanten Ressorts (AA, BMVg, BMI, BMWi und gegebenenfalls andere Ressorts). Sein Vorteil gegenüber den geheimen Nachrichtendiensten in anderen Ländern besteht darin, dass er an alle relevanten Ressorts berichtet, dass es keine Ressort begründeten Rivalitäten zwischen einem militärischen und einem nicht militärischen Geheimdienst gibt.

Naturgemäß kommt der Berichterstattung große Bedeutung zu, da sie zur Beurteilung international relevanter Fragen und der Entwicklung relevanter politischer Leitlinien der Regierung als Entscheidungsgrundlage unverzichtbar ist. Seine Bewertungen verarbeiten geheimdienstlich gewonnene Informationen, amtliche Berichte und Unterlagen sowie die Ergebnisse von Wissenschaften und die Berichterstattung der Medien. Seit kurzem ist der BND auch für die taktische Aufklärung für die in Krisengebieten stationierten deutschen Truppen zuständig, da es sich um die Aufklärung nicht uniformierter Strukturen als Quelle von Risiken für

die Truppe und als Quelle für Beeinträchtigung des zivilen Aufbaudienstes handelt. Es wird darauf geachtet, auch jeweils abweichende Beurteilungen anderer Geheimdienste der politischen Führung gleichermaßen zu präsentieren, gegebenenfalls ergänzt um eigene Stellungnahmen.

Die deutschen Geheimdienste haben keine Vollmachten als Strafverfolgungsbehörden zu agieren, und können daher niemanden festnehmen. Sie haben damit keine Möglichkeit zu Folterungen als Mittel der Informationsgewinnung, und das ist gut so, weil solche Informationen selten solide sind. Die Berichte des Dienstes haben daher nicht den Geruch, im Wege von Menschenrechtsverletzungen gewonnen zu sein. Der BND ist wegen seiner Berichterstattung, also wegen seiner Analysen im Ausland hoch angesehen.

Während des Kalten Krieges beruhte die Lagebeurteilung Ost-West auf der gemeinschaftlich in NATO erarbeiteten Analysen, zu denen der BND vor allem in Sachen DDR und des sowjetischen Vorfelds sowie einigen Bereichen der Sowjetunion wesentlich beitrug. Unabhängig von den Streitkräftevergleichen, die vom IISS in London und vom schwedischen Sicherheitsinstitut veröffentlicht wurden und unabhängig von den jährlichen Ausgaben des „Soviet Threat“ durch das US-Verteidigungsministerium gelang es, Anfang der achtziger Jahre im NATO-Rat den Beschluss durchzubringen, jährlich einen Streitkräftevergleich „NATO-WP“ zu veröffentlichen. Die NATO-Wirtschaftskonferenzen mit der Beurteilung der sowjetischen sowie der RGW-Wirtschaften hatten großes internationales Ansehen.

Beide Seiten wussten über den „Gegner“ gut Bescheid, kann man sagen.

Der BND ging aus der Organisation Gehlen her vor, die nach 1946 auf der Grundlage der Unterlagen von Fremde Heere Ost beim Oberkommando des Heeres mit US-Hilfe und für die Unterrichtung der über die Sowjetunion und die Rote Armee schlecht informierten USA aufgebaut wurde. Sie konnte auf Grund Rekrutierung entsprechender Fachleute aus den verschiedenen früheren deutschen Geheimdiensten des zweiten Weltkrieges auch die Agentennetze aktivieren, die in der



Zeit der deutschen Vorherrschaft aufgebaut worden waren. Das machte die Organisation anfällig für die Rekrutierung nicht-militärischer Sachverständiger, die von der sowjetischen Seite schon geworben worden waren (Felfe). Es hat immer das Problem der Gewinnung von BND-Angehörigen durch das MFS oder den KGB bestanden.

Nur allmählich entwickelte sich die Organisation zu einem umfassenden, d.h. nicht nur die militärischen Aspekte des WP-Raumes erfassenden Auslandsnachrichtendienst. 1956 wurde die Organisation von der Bundesregierung übernommen. Die deutschen Regierungsspitzen wie auch die Opposition waren seit 1949 fortlaufend von der Organisation Gehlen – mit Kenntnis der USA – über die Lageentwicklung unterrichtet worden.

Der BND verlegt nun nach Berlin. Bis vor kurzem war er mit der Masse seiner Mitarbeiter in der Zentrale in Pullach bei München, wo schon die Organisation Gehlen in einem früheren von der NSDAP genutzten, ja aufgebauten nach Außen abgeschirmten Gelände untergebracht war. Ich habe diese anfangs wohl zweckmäßige Unterbringung immer für falsch gehalten, und es auch gesagt, dass der Dienst seine Zentrale am Sitz der Bundesregierung haben müsse.

Was seine Leistungsfähigkeit anbetrifft, so ist er stets in der Lage gewesen, die Lagebeurteilung zu einem Problemfeld kritisch zu überprüfen, die von anderer Seite der Bundesregierung oder dem Dienst nahe gebracht wurde. Die direkte Kommunikation mit den Ressorts war stets gut, mit dem Kanzleramt und dem Kanzler von unterschiedlicher Qualität.

II. Die Beurteilung der Sowjetunion und des mitteleuropäischen Vorfelds durch den neuen BND-Präsidenten

- Vor der Übernahme der Leitung des BND im Oktober 1985 - also sechs Monate nach dem Amtsantritt von Gorbatschow in Moskau - war ich vier Jahre als Botschafter in der Sowjetunion (1977-1980) und fünf Jahre als



Deutscher Ständiger Vertreter im NATO-Rat tätig gewesen. Auch die langjährige Tätigkeit an der Botschaft Washington und die Leitung des Planungsstabes im Bundesministerium der Verteidigung sind in diesem Zusammenhang als meinungsbildende Faktoren zu erwähnen.

Die in diesen Verwendungen gewonnenen Erfahrungen haben meine Beurteilung der Sowjetunion und des Sowjetblocks sowie des mir in fast jeder Beziehung geläufigen militärischen Potentials des Warschauer Pakts geprägt. Die in der Praxis gewonnenen Einblicke und Erfahrungen waren wesentliche Elemente meiner Beurteilung der Sowjetunion und ihres mitteleuropäischen Vorfelds:

Die Sowjetunion der achtziger Jahre war von einer sich kontinuierlich ausbreitenden Stagnation des totalitären Monolithen geprägt. Ein lebender Organisation befand sich im Prozess der Versteinerung. Gleichzeitig konnte man die Stärkung zentrifugaler Kräfte wie den regionalen Nationalismus innerhalb der Sowjetunion (Carrere d'Encausse „L'empire écrasé“, 1979) und den Verlust der ideologischen Kontrolle über das noch hegemonial kontrollierte mitteleuropäische Vorfeld beobachten, das, wie im Falle Polens im Winter 79/80 erkennbar wurde, die sowjetische Hegemonialmacht herausforderte.

Als ein besonderes Spezifikum des Lebens in der Sowjetunion war auch die wachsende Diskrepanz zwischen den vorgegebenen ideologischen und staatlichen Zielsetzungen und der grausamen ineffizienten Wirklichkeit zu erwähnen, am stärksten sichtbar in der Korrosion der Infrastruktur. Wir hatten es mit einer desillusionierten, zynischen oder resignierenden Bevölkerung **und** einer Führungsschicht zu tun, die das Bestehende recht und schlecht verwaltete und in einer virtuellen Welt lebte.

- Meinen Vortrag bei der DGAP im November 1980 über meine Jahre in Moskau beendete ich mit der Erwartung, dass die SU zu dem Ergebnis kommen könne, dass ihre Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen besser mit einem nach dem Vorbild der Bundesrepublik Deutschland vereinigten



Deutschland gewahrt werden könnten, als mit einer mit Gewalt aufrecht erhaltenen sowjetischen Vorherrschaft über Mitteleuropa. In meinem Vortrag vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 17. November 1980 heißt es:

„Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion ist Lehrstück für die Beziehungen der Sowjetunion zum Westen während und nach der Revolution bis in die Gegenwart hinein. Man spürt oft, dass die Absolventen entsprechender Lehr- und Ausbildungsstätten diese Abschnitte in den Lehrbüchern durchgearbeitet hatten.

Nach dem mehrjährigen Erlebnis der sowjetischen Wirklichkeit meine ich davon ausgehen zu können und zu müssen, dass die Menschen in der Sowjetunion und die sowjetische Führung weiterhin von der Existenz eines einzigen deutschen Volkes ausgehen, und dass sie das deutsche Volk ungeachtet der tragischen menschlichen und politischen Erfahrungen mit Hitler-Deutschland als eine bedeutende Kulturnation unserer Zeit ansehen, von der auch in Zukunft konstruktive gestalterische Beiträge zur Entwicklung der Zivilisation der Menschheit erwartet werden können. Deutsch ist nach wie vor eine bedeutende Fremdsprache in der Sowjetunion. 40 Prozent aller eine Fremdsprache lernenden Menschen lernen sie. Etwa 12 Millionen Sowjetbürger verstehen etwas Deutsch. 40 Prozent mit steigender Tendenz lernen Englisch.

Die staatliche Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg ist in sowjetischen Augen das Ergebnis eines derzeit nicht umkehr- oder veränderbaren Prozesses im Ost-Westverhältnis mit strategischen und ideologischen Triebkräften. Die Gestaltung Deutschlands unter veränderten strategischen Bedingungen in der Zukunft lässt die Sowjetunion offen. Sie macht m. E. Veränderungen an dieser Lage von Entwicklungen im strategischen und ideologischen Bereich abhängig.“



Soweit mein Zitat. **Nun die Frage: Hat es, und wenn ja, wann solche Veränderungen im strategischen und ideologischen Bereich in der Sowjetunion oder auf der internationalen Bühne gegeben, die eine Herstellung der Einheit Deutschlands zuließen, möglich machten oder erzwangen? Unter welchen Umständen würde die Breschnew-Doktrin nicht mehr zum Zuge kommen, notfalls mit Militärischer Gewalt die prosovietischen Verhältnisse zu stabilisieren (1953 Ost-Berlin/DDR; 1956 Ungarn; 1968 Tschechoslowakei, indirekt. 1979/1980 Polen)**

Ich habe die Entwicklungen in Europa und im Ost-West-Verhältnis immer auf solche Indikatoren hin abgetastet und dann im Jahre 1984, also nach der Abwendung Polens vom sowjetischen Modell im Winter 1980/1981 und im vierten Jahr meiner Tätigkeit als NATO-Botschafter in einem vom NATO-Brief veröffentlichten Artikel darauf hingewiesen, dass in Moskau bei einer strategischen Analyse der Lage und der Perspektiven in Europa die Einsicht gewonnen worden sei, dass das derzeitige sowjetische Herrschaftssystem in Mitteleuropa zum Scheitern verurteilt und eine auch geostrategische Veränderungen einschließende Neuorientierung notwendig sei.

Hier das entsprechende Zitat aus dem Artikel:

„Krieg, Drohung und Unterwanderung zur Lösung von Problemen und Spannungen haben sich entweder als zu riskant oder als nicht erfolgversprechend erwiesen. Verhandlungen müssen an die Stelle dieser Formen der Auseinandersetzungen treten. Sie können Erfolg haben, wenn sie in nüchterner Einschätzung der Lage und nicht mit unrealistischen Perspektiven geführt werden. Auf diesem Wege kann zur Erhaltung des Friedens, zur Verhinderung des Krieges durch Irrtum, Fehleinschätzung und Irrationalität beigetragen werden.



Ost-West-Verhandlungen können zu einem Frieden führen, der die Veränderungen und Verschiebungen ermöglicht, die sich aus der Revision der Schwerpunkte sowjetischer Politik ergeben könnten.

Vor diesem Hintergrund lässt sich durchaus die Ansicht vertreten, dass legitime Sicherheitsinteressen der Sowjetunion langfristig wahrscheinlich wirksamer durch Ost-West-Absprachen und Verträge als durch die gewaltsame Aufrechterhaltung einer politisch-militärisch-ideologischen Hegemonie der Sowjetunion in Ostmitteleuropa gewahrt werden können. Das Hegemonialkonzept in Osteuropa ist, wie die Geschichte der letzten 40 Jahre zeigt, gescheitert. Mit dieser Erkenntnis ist eine Perspektive der Ost-West-Beziehungen angesprochen, die eine konstruktive Gestaltung der europäischen Entwicklungen einleiten könnte.“

Wjatscheslaw Daschitschew, ein im Deutschland der achtziger Jahre oft und gern gesehener Gesprächspartner mit weitgehend unabhängigen, für die damalige Zeit geradezu revolutionären Ideen beschreibt in seinem Buch „Moskaus Griff nach der Weltmacht“ (2002) (Anspielung auf Fritz Fischers Buch „Deutschlands Griff nach der Weltmacht“) die Preisgabe der Breshnew-Interventionsdoktrin bereits im Jahre 1985 und den Übergang zur Gorbatschow-These der Nichteinmischung, d.h. die Entlassung Ostmitteleuropas aus der sowjetischen Hegemonie – zu einem Zeitpunkt, an dem es noch keine neuen sicherheitspolitischen Ost-West-Vereinbarungen gab. Gorbatschow wollte eben mit der Entlassung Ostmitteleuropas aus der sowjetischen Hegemonie und mit der Bereitschaft zum Rückzug aus Afghanistan ein Signal an den Westen geben, dass man jetzt zu einer Verständigung, zu einer neuen Beziehung kommen wolle (S.178/9).

- NATO war der einzige Platz in der Welt, an der die Berichte der Nachrichtendienste zur Beurteilung der Wirtschaftslage der Sowjetunion und der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts die Grundlage der Beurteilung der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung des Sowjetblocks bildeten – mit dem Ergebnis einer schonungslosen Offenlegung der miserablen Lage



dieser Volkswirtschaften: Korrosion der Infrastruktur; Raubbau bei Erdöl; Belastung der Volkswirtschaften durch den Staatsapparat und das Militär; zunehmender Rückstand gegenüber dem Westen in neuen Technologien, Fehlentwicklungen der Planungstakte (5 Jahres-Pläne mit der Folge einer großen Zahl von Bauruinen). Belastung der Volkswirtschaften mit Militärausgaben bis zu 25 –30 Prozent des Bruttosozialprodukts.

- Aus diesen Erörterungen ist mir in Erinnerung, dass in den achtziger Jahren ein volkswirtschaftlicher Zielkonflikt in der Sowjetunion für die Mitte der neunziger Jahre prognostiziert wurde – zwischen dem Ziel, den Lebensstandard der Bevölkerung kontinuierlich, wenn auch jeweils in kleinen Schritten anzuheben und den sich fortschreibenden und wachsenden Modernisierungs-Erfordernissen der Streitkräfte, weiterhin Offensivkriege erfolgreich führen zu können.
- Diese Lagebeurteilung stand im Widerspruch zu den Beurteilungen der RGW-Länder durch die OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris) und durch die Vereinten Nationen, aber auch durch die Bundesrepublik Deutschland in bezug auf die DDR, da in diesen Beurteilungen, z. B. im jährlichen Bericht der Bundesregierung an den deutschen Bundestag über die Lage der Nation seit 1969 die offiziellen Angaben der Statistischen Jahrbücher der RGW-Länder, in diesem Fall der DDR zur Grundlage der Beurteilung genommen wurden. Es ist heute auch öffentlich bekannt, dass die statistischen Angaben der DDR-Wirtschaftsberichte gefälscht waren.

Im Zusammenhang mit den Arbeiten der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ hat der Deutsche Bundestag Professor Dr. Peter von der Lippe Ende März 2004 eine Analyse vorgelegt die im Untertitel heißt „Die amtliche Statistik der DDR als Instrument der Agitation und Propaganda der SED“. Zusätzlich ist auf seinen Aufsatz „Die politische Rolle der amtlichen Statistik in der ehemaligen DDR“



(Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, Stuttgart 1996) hinzuweisen. Ich selbst habe in einem Leserbrief aus gegebenem Anlass in der **FAZ vom 10. Dezember 2003 unter der Überschrift „Gefälschte offizielle Statistiken übernommen“** dargelegt, wie es dazu kommen konnte, dass die politische Ebene und die Wissenschaftlichen Institute in der Bundesrepublik Deutschland, vor allem in Berlin, von einer starken DDR-Wirtschaft ausgingen, während alle Einzelphänomene, denen man begegnete, sichtbar das Gegenteil belegten, und die Beurteilung der wirklichen Lage der RGW-Volkswirtschaften nur im NATO-Rahmen hat offen diskutiert werden können.

III. Die Sowjetunion und die DDR in den achtziger Jahren – in der Beurteilung durch den BND

1. Für die BND Beobachtung der DDR gab es zwei Aufklärungsziele:

zum einen die Rolle des Landes im sowjetischen System und damit in der ideologischen und militärischen Ost-West-Konfrontation zu beobachten, also die Abhängigkeit von der sowjetischen Politik, über die ich schon gesprochen habe, zu dokumentieren;

zum anderen die Entwicklungen in der DDR selbst sowie die vielfältigen, auch kontroversen innerdeutschen Bezüge mit unmittelbarer Relevanz für die Politik in den beiden Ländern (DDR, Bundesrepublik Deutschland) offen zu legen, z.B.:

- die Entwicklungen innerhalb der DDR-Machtstrukturen;
- die Rolle der Geheimdienste und der Volkspolizei sowie der Betriebsgruppen;
- die Versorgungslage in der DDR;
- die Stimmung der Bevölkerung und der innerdeutschen Kontakte amtlichen, zivilgesellschaftlichen und individuellen Charakters:-



Übersiedler; Besucherströme, Dissidenten, Kirchen, Reisekader; Gestaltung der Beziehungen und Verhandlungen mit der Bundesregierung und mit anderen Institutionen und Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland, z. B. Handel, Freikauf von Häftlingen; Austausch von verurteilten Spionen, Berlin-bezogene Fragen;

- die Internationale Stellung der DDR im RGW, im Westen; in der Dritten Welt, einschließlich der Stellung der beiden deutschen Staaten in den Vereinten Nationen sowie in den VN-Sonderorganisationen; Positionen in multilateralen Verhandlungen z.B. MBfR, KSZE-Prozess.

In der Bundesrepublik Deutschland standen sich für den Umgang mit der DDR zwei Grundkonzepte kontradiktorisch gegenüber – mit Grauzonen und einigen Gemeinsamkeiten:

Zum einen das Konzept des „Wandels (der Systeme) durch Annäherung – auf der Basis der existierenden zwei deutschen Staaten“. Diese vor allem in der SPD vertretene Konzeption akzeptierte die deutsche Teilung auf längere Zeit – aus historischen Gründen, wegen der strategischen Lage und im Interesse von Verbesserungen der Lage für die DDR-Bürger. Dabei waren viele Sozialdemokraten auch bereit, **eine getrennte DDR-Staatsangehörigkeit anzuerkennen sowie ein gemeinsames SPD-SED-Grundsatzprogramm zu vereinbaren**. Darüber wurde in der Tat auf der Partei-Ebene direkt verhandelt. Schewardnadse, der sowjetische Außenminister hat in seinen Memoiren die Unterschiede zwischen CDU und SPD deutlich erkannt, er hat allerdings in bezug auf die Person Willy Brandts als Verfechter der Einheit Deutschlands eine Ausnahme gemacht. Markus Wolf, der die Placierung von Guillaume in die unmittelbare Nachbarschaft des Bundeskanzlers Brandt als seinen größten Fehler bezeichnete, strebte – im Interesse seiner politischen Herren - die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die BRD als zweitem deutschen Staat an, um aus der Abhängigkeit der Sowjetunion jedenfalls ein wenig herauszukommen.



Demgegenüber konzentrierten sich CDU und FDP bei Aufrechterhaltung des **Standpunktes, dass die deutsche Frage offen gehalten werden müsse, aber bis zu einer Entscheidung in dieser Frage auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in der DDR („Politik der menschlichen Erleichterungen“** ohne Kompromittierung des Standpunkts der Verweigerung völkerrechtlicher Anerkennung der DDR) hin gearbeitet werden müsste. Verbesserungen des DDR-Status lehnten die beiden Parteien ab, aber auch die Dramatisierung der inneren Verhältnisse in der DDR, um nicht zur „Unzeit“ die deutsche Frage auf die internationale Tagesordnung setzen zu müssen. Die FDP betonte stets, dass über die Frage der Vereinigung die Bevölkerung in der DDR entscheiden müsse. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in der DDR, die sich auch in dem vom bayrischen Ministerpräsidenten Strauß eingeleiteten und von Bundeskanzler Kohl übernommenen Bürgschaftskredit von 1 Mrd. DM als Element zur Verbesserung der Devisenbilanz bei der Bewertung der DDR-Finzen durch die „Bank für Internationalen Zahlungsausgleich“ in Bern und damit als Grundlage für die Risiko-Einschätzung der DDR bei ausländischen Krediten – vor allem aus Japan) ausdrückte, wurde wohl registriert, aber nicht in öffentliche politische Erklärungen übertragen.

2. Die **schwierige Wirtschaftslage** manifestierte sich auch stets in den Wirtschaftsverhandlungen der Sowjetunion mit der DDR, die gegenüber der Sowjetunion in erheblichem Masse Zahlungs- und Lieferrückstände hatte auflaufen müssen. Die Verrechnungspreise – außer bei den Erdöl- und Erdgas-Lieferungen - waren jeweils zugunsten der Sowjetunion gestaltet worden, so dass der volkswirtschaftliche Nutzen der Wirtschaftsbeziehungen letzten Endes für die DDR nur in dem Bezug preiswerten Erdöls lag, das man verarbeiten und die Erdöl basierten Produkte – vom Kraftstoff bis zur Chemie - gegen harte Währung in den Westen verkaufen konnte. In Kauf nehmen musste die DDR die hohen Förder-Kosten für Braunkohle als Basis der eigenen Energie-Produktion und die noch höheren Folgekosten für die Gesundheit der Menschen und die Umwelt in Kauf nehmen. Vorteilhaft für die DDR war die Einbeziehung der DDR in die Europäische

Wirtschaftsunion, vor allem auf dem Gebiet landwirtschaftlicher Produkte in den EU-Raum und auf dem Gebiet der Lohnarbeit (Fertigung von Bundeswehr- und Polizei-Uniformen). Zu der makro- und mikro-ökonomischen Kostenrechnung und Wirtschaftspolitik in der DDR lagen dem BND hervorragende Analysen von geflohenen Sachverständigen (Professoren der Volks- und Betriebswirtschaft, Direktoren von VEB-Unternehmen) vor.

3. Auch die Berichterstattung des BND über die Ergebnisse der im Jahre 1985 aufgenommenen und bis 1989 durchgeführten **Befragungsaktionen über die Haltung und die Hoffnungen der Bevölkerung**, fand schließlich Interesse in Berlin, Washington, London, Paris und in anderen europäischen Hauptstädten.

In der Bundesregierung war die Ansicht verbreitet, dass sich in der DDR doch ein getrenntes Staatsbewusstsein entwickelt habe – verstärkt durch die Erwartung der Führungs-Equipe in Ost-Berlin, dass sich Gorbatschow letzten Endes nicht zu einer Preisgabe des strategischen Vorfelds entschließen könnte und einen solchen Wandel auch gegen den Widerstand in seinem eigenen Apparat nicht würde durchbringen können. Die **Befragungen** wurden verdeckt gegenüber DDR-Reisenden in der Eisenbahn auf westdeutschem Gebiet vorgenommen, auch mit offiziellen Reisekadern der DDR, unter Übersiedlern, Flüchtlingen und im Wege der strategischen Postkontrolle. Ich hatte sie eingeleitet, weil ich 1985 den Eindruck gewonnen hatte, dass die DDR-Auswertung im BND sehr stark von der Doktrin vom „Wandel durch Annäherung der Systeme in den beiden Staaten“ vorbestimmt war. In dieses Konzept passten Einigungsbestrebungen der Bevölkerung nicht hinein. Als bei den Montags-Demonstrationen im Herbst 1989 Schlagworte nationalen Inhalts auftauchten, kam die Anfrage aus Bonn, ob wir NPD-Propagandisten in den Demonstrationen haben ausmachen können.

Die stark auf Verhandlungen mit den DDR-Behörden ausgerichtete Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin schätzte die Lage in der DDR offensichtlich anders ein als der BND. In der Tat muss man gerechterweise sagen, dass ein großer Teil der Dissidenten nicht die Einheit Deutschlands, sondern



die Herstellung eines menschenwürdigen sozialistischen und demokratischen Systems in der DDR anstrebten, während der BND in seiner Beurteilung der DDR-Entwicklung auf die Dynamik in Richtung Vereinigung setzte, die durch die Revisionspolitik von Gorbatschow eingeleitet worden war, deren Kernpunkte die Preisgabe des Vorfelds zur Untermauerung der neuen Außenpolitik und das Vermeiden des Einsatzes von Waffen als Beleg für die Preisgabe der Hegemonialpolitik und der Unterdrückung innerhalb und außerhalb der Sowjetunion waren. **Bei der kritischen Lage in Ungarn im Sommer 1989 lautete die Stellungnahme aus Moskau nach meiner Erinnerung: Die Sowjetunion mischt sich wegen diese Frage nicht ein.**

Für Gorbatschows Reformpolitik war der Einsatz von Waffen in Tbilissi, in Nargorny Karabach und in Vilnius ein herber Rückschlag – wegen des Ansehensverlustes der Sowjetunion in der Welt, wie es auch jede potentiell mögliche Gewaltanwendung im Vorfeld sein würde, das man ja konzeptionell preisgegeben hatte.

- Die **Bedeutung von Gorbatschow beim Umschwung in der DDR** kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, war er es doch, der, wie die Medien berichteten, während seines Aufenthalts in Ost-Berlin aus Anlass des 40jährigen Bestehens der DDR Honecker zum Rücktritt aufforderte und der Bevölkerung in Erinnerung rief, dass das Volk diejenigen bestrafe, welche die Zeichen der Zeit nicht erkennen wollten und könnten.
- Die BND-Berichterstattung zur DDR, die in Fragen der innerdeutschen Verhandlungen nie sehr aktuell hat sein können – wegen der schwierigen Quellenlage und wegen der Nichtbeteiligung des BND an der Berichterstattung und den Verhandlungen in verdeckter Form, wie es wünschenswert gewesen wäre, wurde in Bonn von den Vertretern der zwei in Fragen der DDR diametral entgegengesetzten politischen Lager in Bonn unterschiedlich beurteilt. **Als Beispiel** nenne ich die Einschätzung der Zahl von Übersiedlungsanträgen, die der DDR-Führung vorlagen. Nach unseren, aus SED-Kreisen kommenden



Informationen waren etwa 1,5 Millionen Menschen involviert – also etwa 500 000 Anträge, wenn man für jeden Antrag etwa 3 Personen zugrunde legt. Nach Angaben kirchlicher Kreise (Stolpe – Evangelische Kirche in der DDR) lagen etwa 50 000 Anträge vor. Für die DDR wiederum bot die Übersiedlung von Menschen aus der DDR eine augenblickliche Minderung des Drucks aus der Bevölkerung und außerdem die Möglichkeit, Zugriff auf Wohnraum zu bekommen, den man an treue Anhänger des Systems geben konnte – also eine sehr von akuten Zwängen bestimmte Haltung, ein Beweis für die Kurzatmigkeit, unter der das System zunehmend litt.

- Als **Kernfrage** habe ich stets die Frage nach den Zielen und den Erfolgchancen der Reformpolitik von Gorbatschow angesehen. Darüber habe ich in den Jahren 1985-1990 mehrere Vorträge – auch öffentlich – gehalten. Gelegentlich hört man, dass der BND erst jetzt – in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts - seine Öffentlichkeitsarbeit intensiviert habe. Das ist nicht richtig. Das Thema war stets: **„Transition in the Soviet Union“**; oder **„Chancen und Risiken der Reformpolitik von Gorbatschow“**. In meinem unmittelbar nach dem Ausscheiden aus dem Amt geschriebenen Bericht über meine Amtszeit macht die Behandlung der Entwicklungen in der Sowjetunion mehr als 60 Prozent des Manuskripts aus.

IV. Die Entwicklung der Gorbatschow-Position in bezug auf Deutschland

- Mit der Wahl von Gorbatschow zum neuen KPdSU Generalsekretär im Mai 1985, so stellte ich in meinem Manuskript vom November 1990 fest, (Seite 66) waren zwar Reformansätze, aber vor allem solche erwartet worden, die letztlich auf die Verbesserung der sozialistischen Strukturen des Landes gerichtet waren. Eine außenpolitische Korrektur wurde mit der Ablösung von Gromyko durch Shevardnadze deutlich, zumindest in taktischer Hinsicht. Ich füge hinzu, dass Schewardnadze im Westen zunächst nur als erster Sekretär der KP Georgiens bekannt war, nur schrittweise wurde erkennbar, dass es sich um Reform-Freunde handelte, die sich hier verbanden (G. und Sch.).



Die Überwindung der Stagnation, in die das Land in der fast zwanzigjährigen Herrschaft von Breschnew und mit der Andropow-Unterbrechung bei Chernenko geraten war, galt als Hauptziel des neuen Generalsekretärs und seines Vertreters Ligachow.

- Der BND behandelte das Thema der Reform in der Sowjetunion und in Ostmittel-Europa mit der gebotenen Vorsicht. Unbestritten war, dass Jahre hindurch die Modernisierung der sowjetischen Streitkräfte in der strategischen Konzeption der Sowjetunion im ideologischen und im militärischen Sinne im Vordergrund aller staatlichen Aktivitäten gestanden hatte. Die geschah ungeachtet des Umstandes, dass sich die ideologischen Fesseln der Sowjetunion in Ostmitteleuropa wie z.B. in Ungarn und in Polen- zu lockern schienen und **Gorbatschow bei dem Parteitag der KPdSU im März 1986 die Wettbewerbsfähigkeit des kapitalistischen Systems akzeptierte und das Ergebnis des Wettrennens zwischen Kapitalismus und Sozialismus um die „bessere Welt“ als offen bezeichnete.** Was für ein ungewöhnlicher Vorgang angesichts der bis lang herrschenden Lehre der Überlegenheit des Sozialismus sowjetischer Bauart und der Lehre des Determinismus und der Gralshüterfunktion der Sowjetunion in machtpolitischer und ideologischer Hinsicht.
- Schon bei einem Vortrag am 11. November 1986 im sogenannten **Gerhard Schröder-Kreis** – dem früheren Außen- und Verteidigungsminister, mit dem ich ja in den Jahren 1966 bis 1969 eng zusammen gearbeitet hatte – hatte ich mich dahingehend festgelegt, dass wir es bei der von Gorbatschow betriebenen Politik mit einer genuinen Reformpolitik zu tun hätten, deren Erfolgsaussichten aber angesichts entgegenstehender Kräfte im eigenen Land und im Vorfeld (DDR, Tschechoslowakei) nicht als zwingend einzuschätzen sein. Kurz zuvor waren immerhin Reagan und Gorbatschow in Reykjavik übereingekommen, die Dislozierung der Mittelstreckenraketen auf beiden Seiten in Europa auf Null zurückzufahren – ein weiteres wichtiges Indiz für die BND These von der grundsätzlichen Bedeutung und Relevanz der



Reformpolitik der damaligen sowjetischen Regierung. Wenig später - im Mai 1987 – nahm der Warschauer Pakt die Ablösung der offensiven Verteidigungsdoktrin vor – zusammen mit der Einführung einer Defensivstrategie, auf einem sehr viel niedrigerem, als dem bisherigen sowjetischen Kräfteniveau in Europa. Dies war ein weiterer bedeutender Schritt, den der ungarische Außenminister in der Öffentlichkeit dahingehend interpretierte, dass die sowjetischen Streitkräfte zunächst aus Ungarn abziehen würden, beginnend schon im Jahre 1989. Diese Entwicklung innerhalb des Warschauer Paktes eröffnete die Aussicht auf ein geringeres konventionelles Kräfteniveau in Europa, das es galt, vertraglich zu verankern, um die Umkehr unmöglich, zumindest völkerrechtlich schwer zu machen. Das geschah dann mit dem in Paris unterzeichneten KSE-Vertrag vom November 1989.

- Es zeichnete sich die Möglichkeit eines **historischen Kompromisses zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion** über die Rahmenbedingungen für eine neue strategische Situation in Europa ab (S 115 meines Manuskripts).

Begleitet wurde dieser Prozess, der 1989 zum Runden Tisch und zu freien Wahlen in Polen, zur Öffnung der Mauer in Berlin im November 1989 und damit zur deutschen Einheit im Oktober 1990 führte, durch entsprechende Entwicklungen in Ungarn und in der Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien. Er fand seinen Höhepunkt in der Konferenz der KSZE im Juni 1990 in Kopenhagen und im November 1990 beim Gipfeltreffen in Paris mit der Verabschiedung des Pariser Vertrags zwischen den Mitgliedstaaten von NATO und WP über die Begrenzung der Konventionellen Rüstungen in weiten Teilen Europas.

- Unübersehbar komplizierte sich die innenpolitische Entwicklung in der Sowjetunion, vor allem wegen der sich verschlechternden Versorgungslage und des sich abzeichnenden Chaos im Lande, aber gewiss in mancher Hinsicht auch durch die Veränderung der Stellung der Sowjetunion auf der Weltbühne.



Glasnost und Perestroika hatten zur Beseitigung des in der Verfassung abgesicherten Machtmonopols der KPdSU und zu in gewissem Umfang demokratischen Wahlen zum Obersten Sowjet der Sowjetunion sowie des Präsidenten der Russischen Föderation (1990), Jelzin, geführt. Ein Machtkampf brach zwischen den Rivalen Gorbatschow- und Jelzin aus, der nicht unwesentlich zum Zerfall der Hülle der Sowjetunion im August/Dezember 1991 beitrug. Schon früh erschien in der Berichterstattung an die Regierung die Frage, wie lange das Fenster für erfolgreiche internationale Verhandlungen mit der Sowjetunion offen bleiben würde. Der innere Zerfall und die zunehmende Isolierung von Gorbatschow ließen nichts Gutes erwarten.

- **Warum misslang das innere Reformwerk?** Hätte der chinesische Weg mehr erreichen können? Konnte es wirkungsvollere westliche Hilfe geben (IMF, Weltbank; Nationale Kredite zur Währungsstützung, für Investitionen)? Themen wie die Konversion der Rüstungskomplexe und die Einführung der Marktwirtschaft standen im Vordergrund, aber zunächst ging der Zerstörungsakt, ja der Selbstzerstörungsakt mit der Auflösung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verknüpfungen zwischen allen Teilen der SU weiter, ohne allerdings im gleichen Zuge die auf der internationalen Bühne vereinbarten und eingeleiteten Schritte negativ zu belasten. Nur der Ausgleich mit Japan blieb in den Anfangsgesprächen stecken – bis heute.

Auch aus nachrichtendienstlicher Sicht ist die von der Bundesregierung vertretene Annahme richtig, dass die Chance zur strategischen Neuordnung Europas nur während eines ganz begrenzten Zeitraums bestanden hat – nämlich in der Zeit, in der die sowjetische Führung noch nicht unter den machtpolitischen Druck der regionalen Machtzentren in der Sowjetunion geraten war. Die Desintegration begann im Winter Frühjahr 1990/1991. Der geordnete Übergang in Mitteleuropa konnte in diesem Zeitraum stattfinden – nach dem Verfall des Machtmonopols des Zentrums wäre es nicht in geordneten Umständen möglich gewesen, sondern wahrscheinlich nur im Wege risikoreicher Einzelkrisen (Abfall; Austritt), vergleichbar dem Prozess,

der nach dem Moskauer Aufstand vom August 1991 in der Sowjetunion zum Tragen kam.

- Aus dem Vortragskonzept, das der BND und ich im Jahre 1987 benutzten, lassen Sie mich noch einmal zusammenfassend schildern, wie wir die Lage in Osteuropa insgesamt und damit auch für die DDR ansahen:

„Ein Land, das wie die Sowjetunion an die Grenzen des Wachstums stößt, wird aus eigenen Gründen zur Revision nicht mehr nützlicher, nicht mehr zukunftssträchtiger, nicht mehr haltbarer Positionen gedrängt (ich füge jetzt hinzu, wenn es nicht sehenden Auges untergehen will). Dazu mag auch die strategische Herausforderung – auch im pazifischen Raum (Japan, China) – beitragen, gegenüber der eine große zivilisatorische Anstrengung notwendig ist.

Es bleibt als Alternative in Europa eine Politik des Interessenausgleichs, der die tatsächlichen Kräfte in diesem Raum berücksichtigt. Dazu bietet die Rechtslage in Deutschland eine ausreichende Basis. Eine dieser Gestalt nach revidierte Politik der Sowjetunion in Ost-/Mitteleuropa würde erhebliche Auswirkungen auf das Bündnis sowie die Außen- und Sicherheitspolitik der Bündnispartner haben, und das Gewicht der in dem Raum lebenden Völker und Staaten müsste – mathematisch, aber auch historisch-politisch betrachtet – zunehmen. Vor diesem Hintergrund haben auch angesichts der geringen Wahrscheinlichkeit, dass die Sowjetunion eine entscheidende Wendung des für sie vorgezeichneten negativen Trends zu ihren Gunsten durch riskante militärische Aggressionen oder Gewaltandrohung (Berlin 1953, 1961) versuchen könnte – die im Rahmen der drei Abteilungen der Helsinki-Schlussakte eingeleiteten Ost-West-Verhandlungen große Bedeutung. Diese Vereinbarungen haben es ermöglicht, dass auf der Basis eines gemeinsamen Dokuments politische Diversifikationen in Osteuropa möglich werden, dass diese Länder – auf Grund ihrer historischen Bezüge sowieso dazu neigend – sich separaten Kontakten zum Westen und zur Mitte Europas zuwenden.



In diesem Sinne erleben wir „The Decline of Soviet Hegemony over Eastern Central Europa“ (eine Abwandlung eines Kissinger Worts“ (Seiten 129/130)

- Die Analysen des Bundesnachrichtendienstes zu den Entwicklungen in der Sowjetunion wurden von unseren befreundeten Partnern stets mit Skepsis aufgenommen. **In Washington, London und Paris war die Auffassung vorherrschend, die auf die Wiederkehr des kommunistischen Expansionskurses hindeuten** oder solches erwarten ließen, oder aber, und das galt vor allem für Paris und London, dass es sich bei der Sowjetunion um ein spätkoloniales System handle, das nun auch zusammenbrechen werde. In dieser Richtung hat sich auch mit entsprechender Zielvorgabe der im Exil lebende Solschenizyn geäußert. Die Fähigkeit der sowjetischen Reformpartei, die Sowjetunion auf eine neue Basis der Legitimation im Wege eines föderativen – konföderativen – und demokratischen Systems zu stellen, wurde (in Paris und London) weder als Ziel Moskaus noch als reale Möglichkeit angesehen.
- Lange Zeit übersahen unsere Freunde im Wesen auch die Rolle und Bedeutung des russischen „Führers“ Boris Jeltzin, dem es gelang, die russische Föderation auf den Weg der Reformpolitik zu bringen und der eine interregionale Verständigung in der Sowjetunion der Art anstrebte, wie es auch von den Ministerpräsidenten der Länder in Deutschland nach dem Kriege vorgenommen wurde (Herrenchiemsee) In seinem Konzept steckt ein erhebliches Stück politischer Weisheit, politischer Wahrheit, aber auch die machtpolitische Rivalität mit Gorbatschow. Die Tatsache, dass die Machtstellung Gorbatschows weitgehend ausgehöhlt ist, ist unbestritten, stelle ich in den abschließenden Bemerkungen meines unveröffentlichten Berichts aus dem Jahre 1990 fest. Die zentralen Behörden der Union können sich nur in dem Masse durchsetzen, wie sie auf einen Consensus mit den Behörden der Republiken rechnen können. Das ist das Grundgesetz der zukünftigen Sowjet-UNION.



V. Die DDR im Blickfeld des BND

- Von zentraler Bedeutung für die Politik der Bundesregierung gegenüber und mit der DDR-Führung musste die indirekte Kommunikation mit der Bevölkerung sein, die zu erreichen, das Ziel der Politik der kleinen Schritte und die Politik der „menschlichen Erleichterungen“ war. Aber welche politischen Unterströmungen waren in diesem durch die Mauer und das Unterdrückungssystem an der freien Bewegung in Deutschland und Europa abgeschnittenen Teil Deutschlands vorhanden. Wohin tendierten die Menschen, wenn sie eine freie Wahl haben würden.
- Bei Übernahme des Amtes, so formulierte ich in meinem persönlichen Abschlussbericht über die fünf Jahre, gewann ich den Eindruck, dass die BND-Berichterstattung zum DDR Phänomen unter dem Eindruck einer sehr kritischen Aufnahme des BND-Produkts in der Bundesregierung betrieben wurde – ich füge heute hinzu, als dessen Kernstück die DDR-Abteilung im Kanzleramt und die Ständigen Vertretung in Ost Berlin angesehen wurden. Die Bundesregierung stellte auf die grundsätzliche Stabilität des DDR Systems ab, ja auf die Permanenz desselben und hielt die Berichte des Dienstes über eine große Zahl von Übersiedlungswilligen für übertrieben. In der Einschätzung der wirtschaftlichen Kraft hatte die DDR den Ruf, dass wenn schon das sozialistische System irgendwo einigermaßen funktioniere, dann eben in der DDR. Dabei wurde übersehen, dass dieses „Funktionieren“ durch die Unterstützung aus der Bundesrepublik Deutschland und durch den Raubbau an der Substanz der DDR erzielt wurde.
Die Meinungen und Haltungen der Bevölkerung waren nur sporadisch, d.h. punktuell bekannt. Ich habe deshalb eine Art Fragebogen entwickeln lassen, der systematisch bei Befragungen von Bürgern aus der DDR benutzt wurde. Die Auswertungen der Fragebögen wurden als „Psycho-politische Lageberichte“ in Abständen von sechs Monaten an die Bundesregierung und an andere Regierungen/Nachrichtendienste gegeben.



In diesen Fragen Fragebögen wurde auch nach der Haltung zur Wiederherstellung der deutschen Einheit gefragt, ebenso die Frage nach Reisemöglichkeiten und Übersiedlungsabsichten in die Bundesrepublik Deutschland.

Es wurde nach dem Ausmaß, in dem die westdeutschen Medien aufgenommen werden gefragt – Zeitungen, Hörfunk und Fernsehen.

Auch die Frage nach einer Identifizierung mit der DDR wurde gestellt.

Zur Überraschung nicht weniger Empfänger dieser Berichte stellte sich kontinuierlich heraus, dass die Bevölkerung an der Wiedervereinigung festhielt, aber wegen der sowjetischen Interessenlage in absehbarer Zeit keine Chance der Realisierung sah. In vielem hatte die Bevölkerung die Haltung, wie man sie gegenüber Besatzungsmächten hat – dass eben auf einer höheren strategischen Ebene die Entscheidungen getroffen wurden, und zwar unabhängig von dem nationalen Empfinden der Menschen, insbesondere der Deutschen. Deutlich wurde die Forderung gestellt, die doppelte Staatsangehörigkeit in Deutschland nicht zu akzeptieren. Die Annahme dieser DDR-Forderung würde eine Verschlechterung des „Anspruchs“ auf freies Reisen in den „Westen“ – in die Bundesrepublik Deutschland, zur Folge haben.

Mit der Zeit nahm die Akzeptanz dieser Befragungsergebnisse in Bonn zu. Zögernd blieb man hinsichtlich der Erkenntnisse zu den Zahlen der Übersiedler-Anträge, die der Bundesnachrichtendienst in Millionenhöhe schätzte, während die Kirchen in der DDR versuchten, die Zahlen herunterzuspielen. In der SED war eine realistische Einschätzung gegeben. Die Behandlung dieser Frage in den SED-Gremien war gleichsam Gradmesser des Ausmaßes, wie die SED-Basis in dieser Frage Druck nach oben machte. Die SED-Führung unter Honecker – und der Dienst sprach in bezug auf das Polit-Büro stets von der „SED-Beton-Riege“ – herrschte lange die Auffassung vor, dass sich der Reformkurs von Gorbatschow nicht halten werde, dass die DDR daher Gralshüter der reinen Lehre sei, und dass in dem Maße, wie in der Sowjetunion oder anderen WP-Staaten Reformvorhaben unternommen wurden, dies der sozio-politischen und wirtschaftlichen Lage der jeweiligen



Länder entsprechen möge, für analoge Regformschritte in der DDR jedoch keine Notwendigkeit bestehe, da es sich schon jetzt um ein an der Produktivität ausgerichtetes sozialistisches System handle, das zunehmend auch Bürgernähe entwickle.

- Für Honecker war es eine herbe Enttäuschung, als er bei den 40-Jahr-Feiern des DDR-Staates Anfang Oktober 1989 erfuhr, dass die sowjetische Führung der SED im Falle der Anwendung von Gewalt gegen die Bürger (Peking-Modell) keine Hilfe leisten könne und dass die Reformpolitik unvermeidbar sei. Hatte Moskau den osteuropäischen Bruder-Nationen den Weg zur Selbstbestimmung freigegeben, so galt in Bezug auf Deutschland, dass international relevante Veränderungen nur das Ergebnis von Verhandlungen der vier Deutschland-Mächte sein konnten - unter Mitwirkung der zwei deutschen Regierungen – beide sollten demokratisch legitimiert sein.
- Über die Entwicklungen in der DDR hat der Bundesnachrichtendienst auftragsgemäß vielfältig berichtet und dabei den Faktoren der fortbestehenden Bindung der Bevölkerung an den Gedanken der Wiedervereinigung, das hohe Maß der Westorientierung und der Bedeutung der Kirchen als Schirmherrin von Freiräumen gegenüber dem allgewaltigen SED-Regime stets **hohe Bedeutung** eingeräumt.
- Selbstverständlich hat die militärische Aufklärung über die WP-Streitkräfte in der DDR und im mitteleuropäischen Raum sowie den sowjetischen Westbezirken stets eine hervorragende Bedeutung gespielt. Diese Aspekte des Ost-West-Verhältnisses sind hier aber nicht von primärer Bedeutung. Wie jüngste wissenschaftliche Veröffentlichungen auf der Grundlage der Akten des MfS und des BND zeigen, hatte der BND stets eine in allen wesentlichen Teilen korrekte und lückenlose Aufklärung des sowjetischen militärischen Potentials in der DDR sowie der Volksarmee erarbeiten können

- Zunehmend stellte der Dienst auch die tatsächlich erbrachte wirtschaftliche Leistung in Frage- und zwar auf der Grundlage qualifizierter Aussagen von übergewechselten Fachleuten und auf Grund eines differenzierteren Bewertungssystems der statistischen Angaben des Regimes.

In einer von mir konzipierten Zusammenstellung von Thesen zum Wandel in Ost und Mitteleuropa im Jahre 1988 heißt es zur DDR-Wirtschaft zusammenfassend:

Die Investitionsrate hat infolge starker Aufwendungen des Staates für seine eigenen Zwecke (Partei, Geheimdienst, Verwaltung, Armee) einen wachsenden Abstand zum Niveau der Bundesrepublik Deutschland entstehen lassen, Die Produktivität hat darüber hinaus infolge schlechter Produktauswahl, schleppender Zulieferungen und infolge des Fehlens kostenbewusster Betriebsabläufe einen weiteren Rückschlag erlitten. Die gesamtwirtschaftliche Position in monetärer Hinsicht ist schlechter, als es den Bilanzen der Bank für internationalen Zahlungsausgleich für die DDR zu entnehmen ist.

Die Fachebene des Dienstes hat sehr lange an dem Gedanken festgehalten, dass das Regime unter allen Umständen zur Aufrechterhaltung des Staates in der Lage sein werde. Vom Potential her betrachtet ist das gewiss richtig. Das wissen wir heute noch besser als vorher. Die Mitarbeiter des BND in dieser Frage haben den Faktor Sowjetunion als möglichen Verursacher für Reformprozesse in der DDR und die Verweigerung von militärischer Hilfe im Notfall aus Gründen vernachlässigt, die Jahrzehnte hindurch relevant gewesen waren, aber eben nicht mehr nach 1985.

- Es ist auch eine Antwort auf die Frage zu geben, ob die sowjetische Führung von der im Herbst 1989 eintretenden Dynamik des Reformprozesses und des Drängens nach deutscher Einheit überrascht worden ist. Eine Äußerung Gorbatschows sollte in diesem Zusammenhang in Erinnerung gerufen werden,



dass er nämlich der Auffassung sei, dass die Bevölkerung der DDR sich nicht mit dem Versuch aufhalten werde, eine „bessere, humanere Form des Sozialismus“ zu errichten, sondern sofort und vollständig die Integration in die soziale und wirtschaftliche Struktur der Bundesrepublik Deutschland anstrebe werde. Auch bei einem etwas weniger günstigen Szenario wie dem der Maueröffnung am 9. November 1989 wäre die DDR finanziell zusammengebrochen. **Dann wäre eben diese sich verschlechternde Lage zum treibenden Motor der raschen Vereinigung geworden, da die Sowjetunion nicht mehr in der Lage und nicht mehr willens war, die DDR finanziell zu stützen.** Zu langwierigen Verhandlungen, die vielleicht von Briten und Franzosen gewünscht wurden, hätte es auch bei solchen Rahmenbedingungen nicht kommen können:

- Es ist unbestritten, dass die Sowjetunion bei ihrem eigenen Reformprozess nicht nur im Zusammenhang ihrer konstruktiven Haltung in der Deutschlandfrage und der Förderung der Reformprozesse in Mitteleuropa auch die eigenen Bemühungen im Auge hatte, im Westen Kapital für den Reformprozess in der Sowjetunion zu aktivieren. Der BND stellte den internationalen Organisationen (OECD, Weltbank, IMF) Lagebeurteilungen zur Verfügung. Bekanntlich hat es später Kritik an angeblicher westlicher Zurückhaltung bei der finanziellen Unterstützung des sowjetischen Transformationsprozesses gegeben. Ich halte die Kritik für unberechtigt.

VI. Zusammenfassung

- Bei schwieriger Quellenlage ist es dem BND wegen der Früherkennung des außenpolitischen Reformkurses als einer strategischen Entscheidung der kommunistischen Führung Moskau gelungen, den sich verringernden Spielraum der DDR-Führung als Zentrum der Reformgegner früh zu erkennen (keine militärische Unterstützung durch die SU im Falle von öffentlichem Widerstand der DDR-Bevölkerung gegen das SED-Regime). Es ist sicher richtig anzunehmen, dass mein eigener Erfahrungsschatz in Sachen Sowjetunion



dazu beigetragen hat, starre Positionen in der Einschätzung sowjetischer Optionen, wie sie während des Kalten Krieges auf beiden Seiten in den Geheime Nachrichtendiensten vorherrschten, aufzubrechen und eine differenziertere Beurteilung durchzubringen.

- Wegen der regelmäßigen, über Jahre **durchgeführte Befragung der Bevölkerung** – wegen der begrenzten Auswahlmöglichkeiten nicht nach streng wissenschaftlichen Vorgaben – konnte der unterschwellige Wille der Menschen in der DDR zur Einheit früh erkannt werden, eine Position, die vordergründig von den Dissidenten ja nicht vertreten wurde. Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher sahen ihre subjektiven Eindrücke von den Vorstellungen der Bürger in der DDR durch die Meinungsumfragen bestätigt.
- **Die wirtschaftliche Misere des Landes wurde früh erkannt.** Da die Bundesregierung in ihren Berichten an den Bundestag zur Lage der Nation das statistische Material der DDR verwendete, war die Bundesrepublik Deutschland allgemein von einer günstigeren wirtschaftlichen Lage der DDR ausgegangen als sie tatsächlich bestanden hat. **Im Jahre 1990 hätte die Sowjetunion die DDR nicht mehr finanziell stützen können. Der Mauerfall hat die Vereinigung beschleunigt – anderenfalls wäre die Vereinigung wegen der DDR-Finanzkrise eingetreten.**
- Es könnte interessant sein, die DDR-Analysen der Ständigen Vertretung der Bundesregierung in Ost-Berlin und die des BND in diesen kritischen Jahren der Agonie der DDR zu vergleichen.
- Die technische Aufklärung erreichte den inneren Zirkel der DDR-SED nur indirekt über die Basis-Organisationen und deren Berichterstattung an das Zentrum. Die Aufklärung der Verhandlungspositionen DDR-Bundesregierung und DDR-Sowjetunion gelang nur in Grenzen. Die militärischen Verkehre wurden erfasst und für die strategische und die taktische Aufklärung genutzt, auch wenn die Inhalte der Nachrichten nicht immer zu entziffern waren.



- Die taktische Verhandlungsposition der DDR bei deutsch-deutschen Verhandlungen konnte in der Regel inhaltlich nicht vorzeitig erfasst werden. Die Bundesregierung suchte, diese Verhandlungen ohne direkte oder indirekte Einbeziehung des BND zu führen.

Moskau, 17. April 2008

Hans-Georg Wieck